

Jesse Krogull

Referent für Internationales des StuRa

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Bericht über die Tätigkeit als Referent für Internationales des StuRa der MLU für März & Anfang April 2025

Teilnahme an der Sitzung der Internationalisierungskommission am 1. April 2025

Am 1. April 2025 nahm ich an der Sitzung der Internationalisierungskommission der MLU teil. Im Mittelpunkt der zweistündigen Sitzung standen zentrale Themen der internationalen Hochschulpolitik sowie konkrete Maßnahmen zur Unterstützung internationaler Studierender.

Ein Schwerpunkt war der **Überblick über die aktuellen Kürzungen des DAAD**. Diese belaufen sich auf etwa 6 % der Gesamtmittel und wirken sich unmittelbar auf die Anzahl der verfügbaren Stibet-Stipendien aus. Besonders schwerwiegend ist die vorläufige Aussetzung des Hilde-Domin-Programms, das bisher gefährdeten Studierenden aus Krisenregionen ein Studium in Deutschland ermöglichte.

Ein weiterer Punkt war das **DAAD FIT-Projekt „Career Companion“**, das an der MLU derzeit erfolgreich umgesetzt wird. Ziel ist die Verbesserung der Studien- und Berufsperspektiven internationaler Studierender. Vorgestellt wurde auch eine engere Zusammenarbeit mit dem Bürgerservice und der Ausländerbehörde in Halle, um durch strukturelle Kooperationen Barrieren im Alltag internationaler Studierender abzubauen.

Die Kommission diskutierte zudem über neue und bestehende **Kooperationsverträge**. Es wurden jüngst Vereinbarungen mit Universitäten in Brasilien, Kasachstan und den USA geschlossen. Bemerkenswert ist, dass diese Kooperationen bewusst ohne finanzielle Verpflichtungen gestaltet werden, sondern vorrangig auf dem Austausch von Studierenden und Lehrenden basieren.

Ein bedeutendes Thema war der Rückblick auf die **Delegationsreise nach Indien** sowie die Teilnahme an der **APAIE-Konferenz**. Dabei wurden zahlreiche neue Kontakte geknüpft, u. a. mit Hochschulen, die künftig für Mobilitätsprojekte in Frage kommen könnten. Es wurde die demografische Relevanz Indiens als aufstrebender Bildungsakteur betont, ebenso wie die zunehmende Zurückhaltung gegenüber Kooperationen mit den USA – ein Trend, der sich nach Einschätzung der Kommission auch in zukünftigen Förderstrategien niederschlagen wird.

Besonders relevant für Studierende war die Diskussion zur **Digitalisierung von Studienzugängen**:

- Künftig sollen internationale Studierende bereits vor der Einschreibung begrenzten Zugang zu digitalen Plattformen wie Stud.IP erhalten.
- Die Immatrikulationsfristen in internationalen Studiengängen wurden im SoSe 2025 flexibilisiert (30.04.–30.06.).
- Es ist geplant, Abschlussdokumente auch in englischer Sprache auszustellen, was die internationale Anerkennung und Mobilität deutlich erleichtert.

Abschließend begann die Kommission mit der **Erarbeitung einer neuen Internationalisierungsstrategie**. Es wurde ein arbeitsteiliges Vorgehen beschlossen, bei dem das International Office ein Leitbild entwerfen soll. In einem zweiten Schritt sollen Arbeitsgruppen konkrete Maßnahmen vorschlagen. Ziel ist eine praxisnahe Strategie, die sowohl strategische Ziele als auch studienrelevante Umsetzungen berücksichtigt.

Einzelfall aus der Rechtsberatung: gemeinschaftliche Haftung in WGs

Im März wurde eine internationale Studierende in einem rechtlichen Fall beraten, bei dem es um Mietschulden eines ehemaligen Mitbewohners ging. Trotz individueller Mietverträge forderte der Vermieter von den verbleibenden Mitbewohner*innen die Zahlung der offenen Beträge und berief sich auf eine Klausel zur gesamtschuldnerischen Haftung.

Der Fall macht deutlich, wie komplex die Rechtslage in WGs sein kann – insbesondere für internationale Studierende, die mit den Feinheiten deutscher Mietverträge oft nicht vertraut sind. Darüber hinaus zeigt sich, dass mangelnde Kommunikation und rechtliche Unsicherheiten zu erheblichen Belastungen führen können – nicht nur finanziell, sondern auch psychisch, etwa durch Angst vor negativen Einträgen oder Kautionsverlust.

Als Referent für internationale Studierende habe ich die Situation begleitet und gemeinsam mit unserer juristischen Beratung mögliche Handlungsstrategien erarbeitet. Der Fall unterstreicht, wie wichtig niedrigschwellige rechtliche Beratung und transparente Vertragsgestaltung für den Schutz internationaler Studierender sind.